

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/17/2011

**über die öffentliche Sitzung
des Bau- und Planungsausschusses am 30.11.2011,
Rathaus, Sitzungszimmer 601**

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:13 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Rafael Haase

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick

Frau Carola Behr

Herr Uwe Grassau

Herr Rolf Griesenberg

Frau Anna-Margarete Hengstler

Herr Dirk Langbehn

Frau Monja Löwer

Herr Thomas Bellizzi

i. V. f. StV Hansen

beratendes Mitglied

Bürgerliche Mitglieder

Herr Heino Wriggers

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Michael Stukenberg

Herr Siegfried Lorenz

Frau Janica Lamprecht

Stellv. Ausschussmitglied/
bis 21:13 Uhr; TOP 10
Seniorenbeirat/
bis 21:13 Uhr; TOP 10
Kinder- und Jugendbeirat/
bis 21:13 Uhr; TOP 10

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Frau Angelika Andres

Herr Ulrich Kewersun

FBL IV
Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2011 vom 02.11.2011
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 16/2011 vom 16.11.2011
5. Zwischenbericht über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept für Ahrensburg
6. Ausbau Klaus-Groth-Straße im Abschnitt westliche Kohschietstraße und Reeshoop - Wappen **2011/135**
- 6.1 Antrag der FDP-Fraktion - Ausbau Klaus-Groth-Straße - Wappen **AN/091/2011**
7. Stadtbusverkehr **2011/143**
30-Minutentakt auf der Linie 576 in der Nebenverkehrszeit
8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 **2011/121**
- 8.1 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Änderungsantrag für den Bau- u. Planungsausschuss Haushalt 2012 **AN/077/2011**
- 8.2 Antrag der CDU-Fraktion - Haushalt 2012 - Reduzierung div. Haushaltsansätze um 15 % **AN/079/2011**
- 8.3 Antrag der CDU-Fraktion - Haushalt 2012 - Sperrvermerk B-Plan 88 b **AN/081/2011**
- 8.4 Antrag von Bündis 90/Die Grünen - Haushalt 2012 - Beschaffung Geschwindigkeitsmessanlagen **AN/085/2011**
- 8.5 Antrag der WAB-Fraktion - Haushalt 2012 -
- Planungskosten Entlastungsstraße Nord **AN/089/2011**
- Umsetzung des Radwegekonzepts
- Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen
- 8.6 Antrag der SPD-Fraktion - Haushalt 2012 - **AN/092/2011**
Lichtgisanalage Manhagener Allee - Aalfang
Parkscheinautomaten/Ersatzbeschaffung
9. Kenntnisnahmen
- 9.1 Befahrbarkeit mit Bussen

- 10. Verschiedenes
- 10.1 Fahrgasterhebung aus der Stadtbuslinie 576 im Abschnitt U Ahrensburg West - Allmende
- 10.2 Bewirtschaftung der Parkplätze vor dem Peter-Rantzau-Haus
- 10.3 Verlegung von Leerrohren im Stadtteil Ahrensfelde
- 10.4 Prioritäten in der Bauleitplanung

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende bezieht sich auf die in der Einladung vom 17.11.2011 vorgeschlagene Tagesordnung. Man kommt überein, diese im nicht öffentlichen Teil um den TOP 12 „Verschiedenes“ zu ergänzen. Ohne Aussprache wird anschließend über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt.

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt mit der gemäß § 46 Abs. 8 der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitglieder zu.

Über die Behandlung des Tagesordnungspunktes „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“ im nicht öffentlichen Sitzungsteil wird auf zurzeit geltende Hauptsatzung verwiesen.

Die Verwaltung weist auf verschiedene inzwischen zu den Punkten 6 und 8 eingegangene Anträge hin:

- Der Antrag AN/091/2011 ist heute bei der Stadt Ahrensburg eingegangen, wird als Tischunterlage verteilt und als Unterpunkt 6.1 in die Tagesordnung aufgenommen.
- Bereits in den letzten Tagen eingegangen und verteilt worden sind die Anträge mit den Nrn. 77, 79, 81, 85 und 89 aus 2011, die als Unterpunkte 8.1 bis 8.5 in die Tagesordnung aufgenommen werden. Der Antrag AN/085/2011 ist zwar an den Umweltausschuss gerichtet, betrifft jedoch das Budget des BPA und wird insofern in beiden Ausschüssen thematisiert.
- Die SPD-Fraktion kündigt einen weiteren Antrag zum Haushalt an, der als Unterpunkt 8.6 in die Tagesordnung aufgenommen ist.

Anmerkung der Verwaltung:

Dieser Antrag ist am 01.12.2011 unter der Bezeichnung AN/092/2011 in das Ratsinformationssystem eingestellt und über die Gremienfächer verteilt worden.

Darüber hinaus weist die Verwaltung darauf hin, dass die in der Einladung erwähnte Änderungsliste FB I vor rund zwei Wochen über den Finanzausschuss an die Gremien verteilt worden ist, die hierin erwähnten Positionen jedoch mit Ausnahme des PSK 54110.0900037 „Erschließung B-Plan Nr. 88 b“ nicht das Budget des Bau- und Planungsausschusses betreffen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der so angepassten Tagesordnung zu.

Ansonsten gibt es keine Änderungswünsche zur vorgeschlagenen Tagesordnung.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Elmers bezieht sich auf die Erschließung im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 82, die in Bezug auf die außerplanmäßige Mittelbereitstellung auf Basis der Vorlagen-Nr. 2011/150 Gegenstand der Beratung in der BPA-Sitzung am 07.12.2011 werden soll. Er bittet, die Beratung zu verbinden mit einer kurzen Vorstellung des Ausbauprogrammes, bei dem seines Erachtens spürbare Einsparungspotenziale bestehen. Insbesondere zu hinterfragen sei die Parksituation innerhalb des Straßenraumes. Die Verwaltung sagt zu, über den derzeitigen Stand der Ausbauplanung kurz in der kommenden Ausschusssitzung zu berichten.

Frau Röhl spricht für die Familie Wegener, die Eigentümerin einer Fläche an der Straße Am Rauchhause ist und vom Aufstellungsbeschluss zur 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 43 betroffen ist. Sie erinnert daran, dass in den vor einem Jahr mit der Verwaltung geführten Gesprächen das Durchführen eines Bauleitplanverfahrens abgestimmt worden ist und daraufhin per Beschluss im Februar 2011 durch den BPA und im Mai 2011 durch die Stadtverordnetenversammlung das Aufstellungsverfahren bestätigt wurde. Sie erkündigt sich nach dem Verfahrensstand und merkt an, dass diese B-Plan-Änderung Voraussetzung dafür ist, den allseits gewünschten innenstadtnahen Wohnraum realisieren zu können. Wie die Verwaltung daraufhin bestätigt, ist zwar ein Aufstellungsbeschluss gefasst worden, hiermit seien jedoch keine zeitlichen Abläufe vorgegeben, die nach wie vor durch die zur Verfügung stehenden Personalkapazitäten und die Prioritätensetzungen bestimmt werden. Man werde dieses Thema jedoch im Auge behalten.

Herr Knoll bezieht sich auf die BPA-Beratung am 16.11.2011 und hier auf die unter den TOP's 16 und 16.1 beratene Anregung aus der Einwohnerversammlung zur Südumfahrung. Während die Petition für eine Südumgehung von Ahrensfelde und der Siedlung Am Hagen folgenden Wortlaut hatte,

„Die Interessengemeinschaft Ahrensfelde und die Bürgergemeinschaft Am Hagen e. V. ersuchen die Verwaltung und die Stadtverordneten nachdrücklich, die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner im Süden Ahrensburgs bei der laufenden Verkehrsentwicklungsplan angemessener als bislang zu berücksichtigen. Die gegenwärtige Situation und die absehbare Entwicklung des Verkehrs auf dem Straßenzug Brauner Hirsch/Dorfstraße machen es zwingend erforderlich, die Planung einer Südumgehung beider Ortsteile zeitnah in Angriff zu nehmen.“

stimmte der BPA einstimmig folgendem Antrag zu:

Für den Planungsfall „Aufhebung des Bahnüberganges Brauner Hirsch und Ersatz durch ein höhenfreies Kreuzungsbauwerk“ ist das Kreuzungsbauwerk in der Weise zu positionieren, dass der Anschluss einer Südtangente abgehend von der Einmündung der Eulenkrogstraße auf die B 75 möglich wird.

Während der Fragesteller darauf hinweist, dass die Intention des Beschlusses nicht das Gesamtziel der Petition umfasst, verweisen der Antragsteller sowie die Verwaltung darauf, dass sich der gefasste Beschluss auch nach dem mit den Verfassern der Petition geführten Gesprächen auf die derzeit anstehende Frage fokussiert und eben nicht die wenig schlüssigen weiteren Aspekte umfasst. Eine weitere Erörterung wird außerhalb einer Gremiensitzung angeboten. Gespräche habe die Verwaltung in dieser Frage in den letzten 14 Tagen auch noch nicht führen können, da die LVS Schleswig-Holstein das Ausschreibungsverfahren zur Erstellung der Vorentwurfsplanung zum Projekt S 4 noch nicht abgeschlossen hat und sich insofern noch kein Planungsbüro mit dem Aspekt einer höhenfreien Querung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck auf Höhe des Stadtteils Am Hagen befasst.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 15/2011 vom 02.11.2011

Wie die Verwaltung mitteilt, ist die Niederschrift dahingehend anzupassen, dass der Stadtverordnete Horst Marzi stellvertretend für die entschuldigte Stadtverordnete Monja Löwer an der Sitzung teilgenommen hat.

Keine weiteren Änderungswünsche. Das Protokoll gilt damit unter Berücksichtigung vorstehender Anpassung als genehmigt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 16/2011 vom 16.11.2011

Keine Einwendungen. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

5. Zwischenbericht über das Einzelhandels- und Zentrenkonzept für Ahrensburg

Anhand des dem Protokoll beigefügtes Vortrages (**Anlage**) hält die Verwaltung den Zwischenbericht zum Zentren- und Einzelhandelsentwicklungskonzept 2011. Sie kündigt an, weitere Unterlagen – insbesondere aber auch maßgebliche Definitionen von Fachbegriffen – nachzureichen.

Ziel sei es, eine Rechtssicherheit herbeizuführen, wobei das Konzept branchen- und standortspezifisch aufgebaut werden muss. Hier befinde man sich noch im Prozess, etwa in den Fragen,

- ob der zentrale Versorgungsbereich auch das Quartier nordwestlich des Bahnhofes Ahrensburg oder den Bereich Am Alten Markt umfassen soll und
- wie die ortsspezifische Sortimentsliste im Detail festgelegt wird.

Zur erstgenannten Frage bemerkt ein Ausschussmitglied den Planungsansatz, das Gebiet zwischen Bahnhofstraße, Stormarnstraße und Hamburger Straße einer anderen Entwicklung zuzuführen.

Geplant sei, den Entwurf des Zentren- und Einzelhandelsentwicklungskonzeptes in der Öffentlichkeit und unter Einbeziehung der Betroffenen in Form von Arbeitssitzungen im Januar und Februar 2012 zu diskutieren, um bereits im März 2012 einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung herbeizuführen.

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt Kenntnis.

Auf Nachfrage wird erläutert, dass die CIMA auf Basis einer beschränkten Ausschreibung und verschiedenen vorab festgelegten Kriterien den Zuschlag und damit den Auftrag zur Erstellung des Konzeptes erhalten hat.

Im Zusammenhang mit der Aufforderung von Ausschussmitgliedern, besonderen Augenmerk zu legen auf die Leerstände von Immobilien in der Ahrensburger Innenstadt, deren seit dem niedrigen Stand des Jahres 2008 zu vermutenden Zunahme und wie dieser Entwicklung entgegengewirkt werden kann, betont die Verwaltung, dass die entsprechende Planstelle mit den Personalkapazitäten in der Stabsstelle nicht geschaffen worden sei.

**6. Ausbau Klaus-Groth-Straße im Abschnitt westliche Kohschießstraße und Reeshoop
- Wappen**

AN/091/2011

6.1 Antrag der FDP-Fraktion - Ausbau Klaus-Groth-Straße - Wappen

Da zu Beginn der Beratung Zweifel aufkommen, ob das Ausschussmitglied Rolf Griesenberg durch seine Tätigkeit als befangen gilt im Sinne des § 22 GO SH, kommt man letztlich einvernehmlich überein, es von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes auszuschließen; Herr Griesenberg verlässt für diese Zeit den Sitzungsraum.

Die Verwaltung erläutert anhand des diesem Protokoll beigelegten Vortrages die Vorlagen mit den geprüften Ausführungsmöglichkeiten in gebranntem Mosaikstein, im Metallgussverfahren, im Fräsverfahren und im favorisierten Wasserstrahlverfahren. Auf Nachfrage wird nochmals bestätigt, dass der Erhalt der Farbigkeit der Wappen durch die Verwendung verschiedenfarbigen Granits dauerhaft gewährleistet ist.

Insbesondere in Bezug auf den Alternativantrag AN/091/2011 wird darauf hingewiesen, dass die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Installation der Wappen im Rahmen des Straßenausbaus bereits beauftragt worden ist und es insofern lediglich um die noch nicht abgestimmte Ausführungsweise geht. Trotzdem wird die Frage kurz angerissen, ob der Standort und die Art der Wappenpräsentation sinnvoll und geeignet ist. Klargestellt wird, dass die Wappen außerhalb der geplanten Sondernutzungsfläche für die Außengastronomie eingebaut werden sollen und begehbar sind.

Zum Alternativantrag wird ergänzend angemerkt, dass sich die Betonbrüstungen an den Rampenein- und -ausfahrten nicht im Eigentum der Stadt Ahrensburg befinden. Ferner werden im unmittelbaren Umfeld Fahrräder abgestellt, teilweise auch angelehnt, was zur Beeinträchtigung der Ansicht oder gar Beschädigungen führen dürfte. Allgemein nachvollzogen wird allerdings der Wunsch, die Ansicht der Rampenbrüstungen zu verschönern.

Sodann wird zunächst über den Antrag AN/091/2011 abgestimmt mit der Maßgabe, dass für diese Aktion vorab die Zustimmung des Eigentümers eingeholt gesichert wird.

Abstimmungsergebnis:

**2 dafür
5 dagegen
1 Enthaltung**

Da damit der Alternativantrag abgelehnt worden ist, wird nunmehr über den Beschlussvorschlag der Vorlage abgestimmt, wobei klargestellt wird, dass der Beschluss nicht die Ausrichtung der Wappen umfasst, die möglichst quer zur Mittelachse vorgenommen werden sollte.

Abstimmungsergebnis:

6 dafür

2 dagegen

7. Stadtbusverkehr
30-Minutentakt auf der Linie 576 in der Nebenverkehrszeit

Die Verwaltung erläutert anhand des beigefügten Vortrages und des betreffenden Liniennetzes den Sachverhalt sowie den Lösungsvorschlag. Man hofft, die Fahrgasterhebung Mitte Februar 2012 abschließen zu können, um eine Entscheidung in der BPA-Sitzung am 15.02.2012 herbeizuführen.

In der anschließenden Aussprache kritisieren einzelne Ausschussmitglieder, dass das Bedienungsangebot im nordwestlichen Stadtteil Ahrensburgs damit evtl. ausgedünnt wird; gleichzeitig wird aber festgestellt, dass sich die heute noch akzeptable Zahl an Fahrgästen in den von der Stadt Ahrensburg finanzierten Verbindungen reduzieren könnte. Nachdem festgestellt worden ist, dass mit dem heutigen Beschlussvorschlag noch keine endgültige Entscheidung getroffen wird, stimmt der Ausschuss dem **Beschlussvorschlag** zu:

Die HVV GmbH und der Kreis Stormarn werden aufgefordert, im Januar/Februar 2012 für die von der Stadt Ahrensburg finanzierten täglich 13 Busverbindungen auf der Linie 576 montags bis freitags eine Fahrgastzählung durchzuführen. Anhand der Ergebnisse beabsichtigt der BPA, über den Fortbestand oder die Einstellung dieses Bedienungsangebotes zum 15.04.2012 zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2011/121

8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012

AN/077/2011

8.1 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Änderungsantrag für den Bau- u. Planungsausschuss Haushalt 2012

AN/079/2011

8.2 Antrag der CDU-Fraktion - Haushalt 2012 - Reduzierung div. Haushaltsansätze um 15 %

AN/081/2011

8.3 Antrag der CDU-Fraktion - Haushalt 2012 - Sperrvermerk B-Plan 88 b

AN/085/2011

8.4 Antrag von Bündnis 90/Die Grünen - Haushalt 2012 - Beschaffung Geschwindigkeitsmessenanlagen

AN/089/2011

**8.5 Antrag der WAB-Fraktion - Haushalt 2012 -
- Planungskosten Entlastungsstraße Nord
- Umsetzung des Radwegekonzepts
- Räumliche Planungs- u. Entwicklungsmaßnahmen**

AN/092/2011

**8.6 Antrag der SPD-Fraktion - Haushalt 2012 -
Lichtsignalanlage Manhagener Allee - Aalfang
Parkscheinautomaten/Ersatzbeschaffung**

Der BPA kommt im Verfahren überein, nicht mehr die einzelnen Positionen der Haushaltssatzung durchzugehen, sondern sich auf die sein Budget betreffenden Anträge zu beschränken, dies – sofern nichts anderes bestimmt ist – in der Reihenfolge deren Eingangs abzustimmen sowie die Anträge stets in Verbindung mit den etwaigen Deckungsvorschlägen zu betrachten.

Sodann steigt man in die einzelnen Änderungsanträge ein:

AN/077/2011

In der Aussprache über die vier Änderungsanträge wird von einigen Ausschussmitgliedern befürwortet, dass ein Schwerpunkt gesetzt werden soll im Bereich der Straßenbauunterhaltung und –sanierung. Insofern sei insbesondere die Erneuerung der Hagener Allee Süd grundsätzlich zu begrüßen. Probleme habe man hier aber mit dem Deckungsvorschlag, wonach die Planung für die Entlastungsstraße Nord eingestellt werden soll.

AN/079/2011

Dieser Antrag der CDU-Fraktion wurde bereits in der Finanzausschusssitzung am 22.11.2011 kontrovers diskutiert. Wie die Verwaltung nochmals erklärt, sei die „Rasenmähermethode“ nicht kreativ und ein derartiger Antrag nicht umsetzbar, da dieser nicht konkret formuliert sei und Politik als Satzungsgeber die Verantwortung an die Verwaltung überträgt. Im Übrigen sei die pauschale Kürzung von 15 % zu hoch; kleinere Spielräume seien dann nicht mehr vorhanden.

Im Finanzausschuss habe man sich darauf geeinigt, eine entsprechende Sperrvermerksliste mit Haushaltspositionen differenziert zwischen den einzelnen Kontenbereichen zu erstellen und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Diese aufgreifend kommt der BPA überein, eine Entscheidung über diesen Antrag erst in der BPA-Sitzung am 07.12.2011 zu treffen.

Die Verwaltung hat die vom BPA-Budget betroffenen Positionen in einer Excel-Liste zusammengetragen. Der BPA einigt sich, in der heutigen Sitzung nicht in eine Beratung einzusteigen, bittet jedoch darum, diese Liste dem Protokoll als Anlage beizufügen und den Ausschussmitgliedern vorab zu übermitteln.

AN/081/2011

Die Vertreter der CDU-Fraktion erklären, dass der Antrag, der einen Sperrvermerk für die Erschließungskosten des B-Plangebietes Nr. 88 b vorsieht, zurückgezogen wird angesichts der diese Position umfassenden Änderungsliste der Verwaltung und der im nicht öffentlichen Sitzungsteil zu erörternden Zeitvorstellung bei der Ansiedlung von Betrieben.

AN/085/2011

Mehrere Ausschussmitglieder betonen, dass die beschlossene Beschaffung von vier Geschwindigkeitsmessanlagen bereits zeitlich gestreckt worden sei und die Zusage im Jahr 2012 zumindest ein zweites Gerät beschaffen und installieren zu wollen, nicht der allgemeinen Haushaltssituation geopfert werden sollte.

Richtiggestellt wird von der Verwaltung, dass die für die Klaus-Groth-Straße eingeworbenen 25.000 € nicht dem Einbau der Wappen, sondern der Beschaffung von sechs mobilen und vandalismussicheren Blumenkübeln und deren Erstbepflanzung dienen sollen, die im Bereich der Platzfläche aufzustellen wären (vgl. BPA-Protokoll Nr. 15/2011 über die Sitzung am 02.11.2011; TOP 15).

9. Kenntnisnahmen

9.1 Befahrbarkeit mit Bussen

Anlässlich der Erarbeitung des Masterplans Verkehr und der Überlegungen zur künftigen Linienführung bei den Stadtbussen wurde am 10.11.2011 eine Ortsbereisung vorgenommen zwecks Prüfung, ob die Straßenzüge Rosenweg (Verlängerung), Buchenweg, Eichenweg und Fichtenweg (Ammersbek) mit dem Omnibus befahrbar sind.

Hierbei kam man zu folgender zusammenfassender Bewertung:

Die hier befahrenen Straßenzüge zeichnen sich durch schmale Fahrbahnen, äußerst beengte Kurvenbereiche und Fahrbahnaufbauten, die zudem in ihrer Bauklasse nicht für die stetige Befahrung mit Großfahrzeugen ausgelegt sind, aus. Um hier eine gesicherte Befahrbarkeit durch Busse zu erreichen, wäre ein umfangreiches Maßnahmenpaket erforderlich, das vermutlich in Privatgrund eingreifen müsste, den Entfall einer Vielzahl von Pkw-Stellplätzen sowie umfassende Straßenbaumaßnahmen zur Folge hätte. Ungeklärt wäre dann aber nach wie vor der Sachverhalt des unmöglichen Begegnungsverkehrs zwischen Bus und Lkw auf dem Gesamtabschnitt Reesenbüttler Redder – Rosenweg (Höhe Gustav-Delle-Straße) sowie des schwierigen Begegnungsfalles Bus – Pkw auf fast allen Teilabschnitten.

Es besteht Übereinkunft darüber, dass dieser Straßenverlauf für eine Busbedienung leider absolut ungeeignet ist.

10. Verschiedenes

10.1 Fahrgasterhebung aus der Stadtbuslinie 576 im Abschnitt U Ahrensburg West - Allmende

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug auf die unter TOP 7 beschlossene Fahrgasterhebung auf der Linie 576 und bittet ergänzend feststellen zu lassen, wie viele Fahrgäste auf dem ebenfalls von der Stadt Ahrensburg finanzierten Linienabschnitt zwischen U-Bahnhof Ahrensburg West und Endhaltestelle Allmende zu verzeichnen sind.

Die Verwaltung sagt zu, zusammen mit den einzuschaltenden Institutionen dieser Bitte möglichst nachzukommen und weist in diesem Zusammenhang vorab darauf hin, dass mit dem Fahrplanwechsel zum 11.12.2011 auch hier bessere Übergänge auf die U 1 angeboten werden können.

Anmerkung der Verwaltung:

Diese gewünschte Fahrgasterhebung wird im Zusammenhang mit den Gesamtzählungen im Laufe des Frühjahr 2012 durchgeführt und bis Sommer 2012 ausgewertet sein.

10.2 Bewirtschaftung der Parkplätze vor dem Peter-Rantzau-Haus

Ausschussmitglieder zeigen sich verwundert, dass die ebenerdigen Parkplätze zwischen dem Peter-Rantzau-Haus und der Manfred-Samusch-Straße als öffentlicher Parkraum gelten, von den Überwachungskräften des Ruhenden Verkehrs kontrolliert und Fahrzeuge ohne Parkschein mit Verwarnungen belegt werden, ohne dass dieses für die Betroffenen eindeutig ausgeschildert sei.

Wie die Verwaltung hierzu betont, ist diese öffentlich zugängliche Parkfläche mit in die Parkraumbewirtschaftung einbezogen; eine Überprüfung des Sachverhalts wird dennoch zugesagt.

Anmerkung der Verwaltung:

Durch Beschluss der politischen Gremien besteht für die Nutzung aller Parkräume auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Innenstadt eine Parkgebührenpflicht. Dieser Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ist Basis für die Neufassung der Stadtverordnung über Parkgebühren auf öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Ahrensburg vom 21.02.2011. Diese Parkgebührenverordnung wurde öffentlich bekannt gemacht und ist am 01.03.2011 in Kraft getreten.

Der Geltungsbereich dieser Parkgebührenverordnung beinhaltet auch alle öffentlichen Verkehrsflächen in der Manfred-Samusch-Straße und somit auch alle öffentlichen Parkflächen vor dem Rathaus und dem Peter-Rantzau-Haus. Ein politischer Beschluss, der die Besucher des Peter-Rantzau-Hauses gegenüber den Besuchern des Rathauses durch die Befreiung von der Parkscheinpflicht privilegieren soll und die Fläche vor dem Gebäude als Privatparkplatz ausweist, liegen nicht vor.

Auf die Parkscheinpflicht werden alle Verkehrsteilnehmer durch Verkehrszeichen hingewiesen.

Alle Zufahrten zur Manfred-Samusch-Straße sind deutlich und gut sichtbar mit dem Verkehrszeichen 290 (Zonenhaltverbot) versehen mit dem Zusatzzeichen 1052-33 (nur mit Parkschein) und dem Hinweis auf die zeitliche Geltung ausgeschildert. Entsprechend der Vorschriften der

Straßenverkehrsordnung (StVO) muss im Bereich des Zonenhaltverbotes bei der Nutzung eines öffentlichen Parkplatzes ein Parkschein gelöst und im Pkw sichtbar ausgelegt werden. Das Zonenhaltverbot wurde bereits 1971 in die Straßenverkehrsordnung aufgenommen, um den „Schilderwald„ zu verringern.

Das Zonenhaltverbot gilt für alle öffentlichen Verkehrsflächen innerhalb dieser Zone, die für den ruhenden Verkehr in Betracht kommen. Der Zonenbereich endet nicht an der nächsten Kreuzung, sondern wird erst durch entsprechende Verkehrszeichen aufgehoben.

Die Zufahrt zum Parkplatz vor dem Peter-Rantzau-Haus weist, genau wie z. B. für den kleinen Parkplatz am Rathaus, keinerlei Hinweise durch Bebauung oder Beschilderung auf einen privaten Parkplatz aus, sondern ist jedermann uneingeschränkt und ungehindert zugänglich. Dem Verkehrsteilnehmer muss daher bewusst sein, dass er eine öffentliche Stellfläche und die damit geltende Parkgebührenpflicht nutzen möchte.

Zur Verdeutlichung der geltenden Gebührenpflicht wurden am 30.11.2011 an den Zufahrten zum Parkplatz vor dem Peter-Rantzau-Haus entsprechende Zusatzzeichen installiert.

10.3 Verlegung von Leerrohren im Stadtteil Ahrensfelde

Ein Ausschussmitglied bittet mitzuteilen, weshalb Leerrohre im Stadtteil Ahrensfelde verlegt werden und diese während der noch nicht abgeschlossenen Baumaßnahme so aus den Nebenanlagen herausragen, dass die Nutzung des Straßenraumes stark beeinträchtigt wird.

Anmerkung der Verwaltung:

Die KG-Rohre in der Straße Brauner Hirsch südlich des Kreisverkehrs Vogelsang dienen der Böschungsbefestigung während der nahen Arbeiten am Radweg; sie dürften inzwischen eingekürzt bzw. entfernt worden sein.

10.4. Prioritäten in der Bauleitplanung

Ein Ausschussmitglied nimmt Bezug sowohl auf die heutige Einwohnerfrage als auch auf die im Rahmen der Haushaltsberatung im Oktober 2011 zugemailte Liste über die Prioritäten bei den einzelnen Bauleitplanverfahren und regt in diesem Zuge an, dass die Verwaltung im Januar oder Februar nächsten Jahres im BPA unter einem speziellen Tagesordnungspunkt über die Verfahrensstände der einzelnen Bauleitplanverfahren berichtet. Dieses sagt die Verwaltung zu.

gez. Rafael Haase
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer